



Gewerkschafter/innen gegen Atomenergie und Krieg

E-Mail: ggae@gmx.at Web: www.atomgegner.at
KONTAKT: Stiftgasse 8, 1070 Wien



www.atomgegner.at

Nr. 2 / Juni 2023

www.prodemokratie.com

Ukrainekrieg

Der Vor-Krieg zum großen Krieg?

In der Ukraine findet ein Stellvertreterkrieg statt. Wir sind solidarisch mit der ukrainischen und der russischen Bevölkerung aber nicht mit deren Regierungen.

Wir lehnen den Krieg Russlands gegen die Ukraine entschieden ab!

Dieser Krieg, der unsägliches Leid, Verletzte, Tote und Zerstörung verursacht, ist sofort zu stoppen.

Dieser Krieg Russlands gegen die Ukraine ist gleichzeitig ein Krieg zwischen den USA, dem privat-kapitalistische Staat mit seinen Dollar-Milliardären samt einem Militärbudget von ca. 1.000 Milliarden Dollar pro Jahr und ca. 800 Militärstützpunkten auf der ganzen Welt und Russland, dem staatskapitalistischen Staat mit seinen Oligarchen-Milliardären, mit einem Jahresmilitärbudget von 60 Milliarden Dollar und ca. 25 Militärstützpunkten in neun ehemaligen Sowjetrepubliken und einem in Syrien. Hier steht Russland, der kleine Räuber, dem großen Räuber USA gegenüber, der die Ukraine finanziert und vor allem militärisch aufrüstet.

Dieser Krieg droht sich zu einem großen Krieg (bis zu einem Weltkrieg) zwischen USA/NATO und Russland auszuweiten. Dieser Krieg begann in Wahrheit nicht erst am 24. Februar 2022 mit Russlands Einmarsch in die Ukraine, sondern lange davor. Das US-Militär trainiert seit den 90er Jahren Teile der ukrainischen Streitkräfte. Und „der Krieg begann mit dem Sturz des ukrainischen Präsidenten W. Janukowytsh 2014, der durch einen Putsch, der von der Regierung der USA lanciert...“ d.h. herbeigeführt wurde, abgesetzt worden war (Jeffrey Sachs. US-Prof. an der Columbia Universität.

<https://www.youtube.com/watch?app=desktop&v=Vd-q8SgW3g>

USA versus Russland

Die USA verfolgen seit Jahrzehnten die Strategie Russland am Schwarzen Meer zu umzingeln, sie haben Rumänien, Bulgarien und die Türkei in die NATO aufgenommen, um Russlands Flotte am Schwarzen Meer einzukreisen. Georgien wartet seit langem auf die NATO-Aufnahme. Für Russland ist

der Verbleib der Schwarzmeerflotte in Sewastopol auf der Krim die rote Linie, Selenskys Ankündigung der Rückeroberung der Krim war ein, wenn nicht der Hauptgrund für Russlands Krieg. Das Schwarze Meer ist für Russland aus wirtschaftlichen und strategischen Gründen enorm wichtig. Es schafft den einzigen ganzjährigen Zugang zu den Weltmeeren und ist das einzige Ausfallstor aus der NATO-Einkreisung. Für die USA ist das Schwarze Meer die Nahtstelle zwischen der NATO und dem „Größeren Nahen Osten“. Eine NATO-Erweiterung durch einen Ukraine Beitritt und ein damit schon geplanter NATO-Stützpunkt auf der Krim wäre eine weitere direkte militärische Bedrohung Russlands. Die Ukraine in den US-Einflussbereich zu bringen ist ein alter militärischer Plan der USA. Der neben Henry Kissinger wichtigste US-Sicherheitsberater für US-Regierungen seit Jahrzehnten, Z. Brzezinski, schrieb schon 1994: *„Russland ohne die Ukraine ist kein Imperium mehr“...bzw. „Ohne die Ukraine ist Russland kein eurasisches Reich mehr.“* (Z. Brzezinski: Die einzige Weltmacht: Amerikas Strategie der Vorherrschaft. Und Z. Brzezinski weiter: *„Nur wer Eurasien beherrscht, beherrscht die Welt“*) Siehe Kriegstreiber am Werk: kernbroschuere-druck.indd – www.atomgegner.at 2015) Die Ukraine gilt als der ‚Bauch Russlands‘, mit einer 1.900 km langen Grenze mit Russland gut geeignet für einen Krieg mit Panzern bzw. Infanterie. Die Ukraine dient als Aufmarschgebiet und Schlachtfeld zwischen USA/NATO-Interessen und Russlands Interessen. Es Sterben nicht EU- oder NATO-Soldaten sondern ukrainische und russische Soldaten und die Zivilbevölkerung.

In die NATO wurden auf Geheiß der USA folgende Staaten an Russlands Grenzen oder in deren Nähe aufgenommen: Tschechische Republik (1999), Polen (1999), Ungarn (1999), Bulgarien (2004), Estland (2004), Lettland (2004), Litauen (2004), Rumänien (2004), Slowakei (2004), Slowenien (2004).

Die USA arbeitet seit langem auf die Schwächung Russland hin. Dazu haben sie einen Regierungswechsel in der Ukraine herbeigeführt. Der Ukraine-Putsch 2013/14 war seit langem geplant und vorbereitet. Und 2019 haben die USA schon die RAND-Cooperation beauftragt, eine Strategie auszuarbeiten, die Putin zu einer Invasion in die Ukraine veranlassen könnte. https://www.rand.org/pubs/research_briefs/RB10014.html (deutsch in GGAE Nr. 4, 2022, siehe www.atomgegner.at)

Im Dezember 2022 hat der US-Kongress mit einer Gesetzesnovelle eine starke Ausweitung der Rüstungsproduktion für einen großen Krieg gegen Russland beschlossen. (<https://www.other-news.info/congressional-amendment-opens-floodgates-for-war-profiteers-and-a-major-ground-war-on-russia/Congressional-Amendment-Opens-Floodgates-for-War-Profiteers-and-a-Major-Ground-War-on-Russia-14-November-2022>. By Medea Benjamin and Nicolas J. S. Davies, auf Deutsch in GGAE Nr. 4/2022, siehe www.atomgegner.at)

Krieg ist Politik mit anderen Mitteln! Krieg ist Politik mit dem Ziel sich weitere Einflussphären, Rohstoffquellen usw. anzueignen, Krieg dient den kapitalistischen Konkurrenten dazu, sich gegenseitig zu vernichten, um selbst noch mehr riesige Profite anzuhäufen.

Ein überwiegender Teil der Kapitalistenklasse in den USA setzt seit Jahren neben einer Schwächung Russlands auch auf die Schwächung Deutschlands. Deutschland ist die stärkste Wirtschaftsmacht Europas, und Russland das größte Land mit den größten Energievorkommen, mit den meisten Bodenschätzen. Schon Lord Ismay, der erste NATO-Generalsekretär sagte 1949, dass es das Ziel der NATO ist, die Russen aus Europa draußen zu halten, die Amerikaner drinnen und die Deutschen klein zu halten.

Auch die Konkurrenz zwischen den USA und den europäischen Großmächten wird seit dem Ukraine-Krieg immer sichtbarer. Die US-Wirtschaftssanktionen samt der Erdgasblockade richten sich auch direkt gegen Deutschland. Die Sprengung der North-Stream 2 Gasleitung durch die USA ist ein Signal, dass die größten Kapitalisten, wenn es um Einflussphären, Rohstoffquellen, imperiale Ausdehnung geht, als Räuber, ja als Terroristen agieren. (Wie Amerika die Nord Stream-Pipeline ausschaltete (substack.com) Seymour Hersh.)

Finanzkapital

Das Finanzkapital beherrscht die Staaten, in den USA ist das direkter sichtbar, so z.B. bei BlackRock. BlackRock ist der größte Finanzdienstleister der Welt, er verwaltet für die Reichsten der Welt ein Vermögen von ca. 10 Billionen US-Dollar, das sind 10.000 Milliarden Dollar, das ist sogar mehr als die Staatsausgaben der USA 2021. Erich Van Nostrand, der geschäftsführende Direktor von BlackRock, wurde im August 2022 ins US-Finanzministerium als „leitender Berater für Wirtschaftsfragen im

Zusammenhang mit Russland und der Ukraine“ berufen. Zwei weitere BlackRock Mitarbeiter, Brian Deese und Adewale Adeyemo, wurden von Präsident Biden schon 2020 ins Finanzministerium übernommen und Mike Pyle, der frühere Chef-Strategie für Investitionen von BlackRock, ist bei Kamela Harris, Vizepräsidentin von Joe Biden, als Chefberater für ökonomische Fragen angestellt. Alle vier waren auch schon bei Obama in der Regierung und wechselten danach zu BlackRock. Selenski sprach im Dez. 2022 mit BlackRock Chef Fink und traf eine Vereinbarung zum Wiederaufbau der Ukraine. Dazu ein US-Journalist: *„BlackRock will die Ukraine „wiederaufbauen“... „Das wird den Neoliberalismus und die Privatisierung, die die USA dem postsowjetischen Russland auferlegt haben, wie ein Kinderspiel aussehen lassen.“* (Jordan Chariton <https://t.co/IOm6XckVDo>). Jedenfalls ist das ein lukratives Geschäft für das Kapital während des Krieges und danach.

USA - China

Die USA hat in ihren Sicherheitsanalysen schon vor Jahren militärstrategische Pläne zum Krieg führen gegenüber „zwei Feinden“ gleichzeitig entworfen, gemeint waren Russland und China. Heute bedroht die USA nun ihren Hauptkonkurrenten China massiver denn je.

Während der Krieg in der Ukraine nach den Absichten der USA noch lange weitergehen soll, flog US-Präsident Joe Biden inzwischen nach Hiroshima (Japan) um dort mit den NATO-Verbündeten, wie es im Originalton heißt, die militärische Bedrohung durch China im Südpazifik zu bekämpfen. Denn China ist für die USA, laut ihrer aktuellen strategischen Doktrin, Hauptbedrohung für ihre globale Vorherrschaft.

Die USA haben im Südpazifik schon im Juli 2022 das Manöver Rimpac (Rim of the Pacific), d.h. Kriegsübungen mit ihren verbündeten NATO-Staaten, Japan, Südkorea, Philippinen, Australien bzw. Klienten-Staaten wie Thailand, Singapur, Malaysia, Pakistan, mit 38 Schiffen, vier U-Booten, 170 Flugzeugen und 25.000 Mann durchgeführt. Die USA sind von China ca. 11.000 km, von den Philippinen ca. 12.000 km entfernt. Man stelle sich vor, wie die USA wohl reagierten, wenn China mit Kriegsschiffen samt 25.000 Soldaten vor der Küste Venezuelas auftauchen würde. Doch die militärische Provokation Chinas durch die USA geht immer weiter. Nun, im Frühjahr 2023, machen der Flugzeugträger der US-Marine Georg Washington (5.600 Mann, 70 Flugzeuge) und Kriegsschiffe der japanischen Marine im Südpazifik Manöver, die gegen China gerichtet sind. Die USA hat auf den Philippinen nun Zugang zu noch vier weiteren Militärstützpunkten erhalten, sodass die US-Streitkräfte nun neun solche Basen benutzen können.

„US-Militärstrategen gehen laut der New York Times davon aus, dass jede Schlacht mit der VR China in jenem Gebiet stattfinden könnte, welches das

Pentagon als „erste Inselkette“ bezeichnet. Dazu gehören Okinawa und Taiwan bis hinunter nach Malaysia, die Spratlys und die Paracels (Inseln)...“

Letzten April haben die USA nun gemeinsam mit den Philippinen das Manöver Balikatan abgehalten - mit 17.000 Soldaten. Dabei wurden auch zum ersten Mal Patriot-Raketen in dieser Region abgeschossen.

Zu alledem sagt der philippinische Politikwissenschaftler und Militärexperte Prof. Roland G. Simbulan in einem Interview: *„Die imperialen Interessen der USA, die das Südchinesische Meer lange Zeit als Teil des ‚Amerikanischen Meeres‘ dominiert haben, sind nun durch die Herausforderung der defensiven Seemacht China in der Region bedroht, da die VR China ihre eigenen Ost- und Südküsten sowie die Seewege für den Handel schützt. Für die USA ist China zum Haupthindernis für ihre globale Vorherrschaft geworden, ungeachtet der Angriffe Russlands in der Ukraine.“* (Rainer Werning, 9.04. 2023 <https://www.nachdenkseiten.de/?p=96018> Ost- & Südostasien: US-Militärs in Manövermanie – die Einkreisung Chinas gewinnt an Konturen, Teil I)

Der sogenannte „Verteidigungsring“ rund um China von dem die USA sprechen, heißt in Wahrheit, die USA will China militärisch niederringen – das würde einen neuen Weltkrieg bedeuten.

Flotte Umstellung



Aus: Wiener Zeitung, 7. März 2023

Exkurs:

Die USA, der größte Räuber auf der Welt, haben großes Interesse, den Ukraine Krieg weiter zu befördern, wie es eine US-Sicherheitsexpertin formulierte:

„Für fünf Prozent des US-Verteidigungshaushalts und keine amerikanischen Verluste zerstört die ukrainische Armee das russische Militär, und das ist absolut im Interesse der USA“.

(Kori Shake Sicherheitsexpertin des American Enterprise Institute, einem Think Tank der Extrem-Konservativen wo bekannte Kriegstreiber wie z.B. Richard Perle arbeiten. Zitiert in CNN, in einem Artikel von Oskar Lafontaine, 23. Mai 2023 in <https://www.nachdenkseiten.de/?p=98246>)

Und die USA bedrohen nun direkt ihren Haupt-

konkurrent China vor dessen eigener Haustür! Vor eben dem gerade erwähnten Think Tank erklärte Ely S. Ratner, stellvertretender US-Verteidigungsminister für indopazifische Sicherheitsfragen, im Dezember 2022, dass *„das Jahr 2023 wahrscheinlich das umwälzendste Jahr für die US-Streitkräfte in der (indopazifischen) Region seit einer Generation sein wird.“* (Rainer Werning: Ost- & Südostasien: US-Militärs in Manövermanie. <https://www.nachdenkseiten.de/?p=96018>)

Die Kontrolle der Weltmeere war bis heute das Mittel der USA zur globalen Herrschaft. Die US-Pazifik Flotte z.B. hat ca. 350.000 aktive Marinesoldaten, 60.000 Reservisten, ca. 300 Schiffe plus ca. 2.000 Flugzeuge.

Die USA brauchen zur Aufrechterhaltung ihrer Weltherrschaft Kriege. Kriege brauchen Bedrohungsszenarien bzw. Feindbilder um die hunderten Milliarden an Kriegskosten bzw. Folgekosten aus Steuern zu finanzieren, die Soldaten zu motivieren und leichter Verbündete für ihre Herrschaftspläne zu gewinnen. Unter dem Vorwand sich gegen Schurkenstaaten, Diktatoren einzusetzen, unter dem Vorwand sich für die Verteidigung der „freien Welt“ und „westlichen“ Werte bzw. Menschenrechte einzusetzen, soll jedes Regime, dass sich den US-Plänen widersetzt, gestürzt werden.

Die EU voll in Aufrüstung auf dem Weg in die Kriegswirtschaft.

Die EU, ein Wirtschaftsverband, gegründet von Belgien, Deutschland, den Niederlanden, Luxemburg, Frankreich und Italien, ging aus der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl hervor (1951). Zweck war, den Handel mit Kohle- und Stahlprodukten anzukurbeln bzw. insbesondere durch Abschaffung der Zollbarrieren zu vereinfachen. 1957 kam noch die Europäische Atomgemeinschaft dazu. Die EU ist seit ihrer Gründung keine Friedensunion und genauso wenig eine Union, welche die Interessen der Masse der Bevölkerung vertritt.

Im Jahr 2009 hat die EU auch ihre offizielle „Sicherheitsstudie 2020“ veröffentlicht:

„Was sind die Ziele der (für die) europäischen Verteidigung 2020“? Dort heißt es u.a.:

„Die EU hat sich zu einem Akteur mit globalem Machtanspruch entwickelt und muss dazu die militärischen Mittel bereitstellen.“... „Die OECD Staaten, das sind die EU-Staaten, USA, Kanada, Australien und Japan, müssen mit den transnationalen Konzernen, das sind die 1.000 größten Vermögen, eine symbiotische Beziehung finden. ...Sie haben größere Macht als je zuvor. Doch sie brauchen den Staat und der Staat braucht sie.“...“Die Nr.1-Priorität ist der Schutz des globalen...ökonomischen Flusses.“...“Sie muss den Fluss der transnationalen Ströme sichern und gegenüber den Staaten, die sich dem entgegen-

stellen, kann es zur direkten militärischen Konfrontation kommen“....“Diese entfremdeten modernen Staaten sehen unser globalisiertes System als Bedrohung.“... „Die Aufgabe ist es, sie soweit wie möglich umzudrehen.“...“Das wird Kapazitäten für harte Machtausübung erfordern.“... „Zu diesen Staaten zählen Nordkorea, Burma und wenn auch noch mit Fragezeichen Russland.“ (link zur Studie: www.iss.europa.eu/media/What_ambitions_for_European_defence_in_2020.pdf Tomas Riess - S.61-S.74)

Im EU-Papier werden Nordkorea und Burma auf Korn genommen, zwei Staaten, welche die USA schon lange im Visier haben. Das einzige Interesse der USA an diesen zwei Staaten war und ist es, dass sie an Chinas Grenzen einen Regierungswechsel erzwingen, das würde den USA ermöglichen, China von dort aus mit Atomraketen zu bedrohen. Das EU-Papier zeigt, dass die EU schon 2009 im Gleichklang mit den USA China als Staat sahen, dem gegenüber das Militär wenn nötig einzusetzen ist. Das EU-Strategiepapier lässt klar erkennen, dass die EU-Militärmacht ausgebaut werden soll, um direkt für die transnationalen Konzerne, d.h. für das Finanzkapital, Kriege zu führen, die sich bis hin zu einem Weltkrieg ausweiten können.

Die EU-Militarisierung hat sich in den letzten 10 Jahren enorm ausgeweitet. Der Ukraine-Krieg ist nun idealer Vorwand zu einer noch weit größeren Aufrüstungswelle der einzelnen EU-Staaten, allen voran Deutschland und Frankreich.

Seit vielen Jahren nehmen europäische Heere, Marine und Luftwaffe etc. an NATO-Manövern in Europa teil. Ziel ist die Ostgrenze bzw. das Schwarze Meer, d.h. der Feind steht in Russland.

So nahmen an der militärischen Großübung Defender-Europe 21 der USA - insgesamt 28.000 Soldaten teil. Hauptsächlich konzentrierte sich "Defender-Europe 21" auf den Balkan und die Schwarzmeerregion. Ziel der Übung war es, die Kompatibilität zwischen den Truppen der USA und anderer NATO-Länder sowie ihren Partnern aufrechtzuerhalten und zu verbessern. Z.B. haben sich rund 7.000 Soldaten auf das Training von Fallschirmjägern in Estland, Bulgarien und Rumänien konzentriert.

Österreich macht mit in der EU-Kriegsunion!

Seit Jahren wird die Neutralität von den Regierenden ausgehöhlt um den Weg entweder in ein neues EU-Militärbündnis bzw. in die von den USA dominierte NATO frei zu bekommen. Sie scheuen sich nicht um das Neutralitätsgesetz, für sie endet ihr Demokratieverständnis wenn es um die Interessen der Konzerne und Militärs geht, denen sie sich verpflichtet fühlen. Die Regierenden haben im Jahre 1998 mit dem Beschluss des Kriegsermächtigungsartikels 23f einen glatten Neutralitätsbruch begangen und damit schon damals Kampfeinsätzen auch ohne UNO-Mandat zuge-

stimmt. Sie haben den neuen EU-Vertrag unterschrieben, der 2006 in Kraft trat. Dieser besagt unter anderem, dass es in der EU eine ständige Aufrüstungspflicht geben soll. Ein eigenes EU-Rüstungsamt soll dies durchsetzen sowie die Kriegswaffenindustrie fördern. Seit dem Inkrafttreten des PESCO Vertrages (Permanent Structured Cooperation) 2018 hat die EU einen weiteren entscheidenden Schritt zur Verwirklichung der Kriegsunion gesetzt.

Der PESCO Vertrag verpflichtet die Unterzeichner-Staaten ihr Militärbudget Jahr für Jahr quantitativ zu erhöhen. Österreichs Regierung hat 2017 PESCO entgegen dem Staatsvertrag unterschrieben. Österreich hat sich damit „verpflichtet das Heeresbudget zu verdreifachen“, 2 %. „wesentliche Unterstützung in Form von Truppen und Material für EU-Auslandseinsätze bereitzustellen“, „für die Europäische Rüstungsunion hunderte Millionen zu zahlen“. z.B. hat Österreich allein für die Entwicklung von Rüstungsgütern der EU von 2019 bis 2021 € 690 Millionen Steuergeld bereitgestellt.

Österreich wird sein Heeresbudget von derzeit 2,7 Mrd. Euro jährlich auf rund 6 Mrd. Euro jährlich im Jahre 2027 mehr als verdoppeln – nicht zur Sicherung der Neutralität, sondern zur Anpassung des Bundesheeres an die EU/NATO-Kriegsstrategien, an denen wir, geht es nach der Regierung, ebenfalls teilnehmen sollen.

Das Bundesheer des neutralen Österreich?

Im Österreichischen Bundesheerbericht 2019 "Unser Heer 2030" heißt es u.a., dass im Rahmen der Verpflichtungen zur PESCO (zu Deutsch der "Ständigen strukturierten Zusammenarbeit =SSZ), die unsere Regierung eingegangen ist, Österreich militärische Beiträge zur Stabilisierung des erweiterten Umfeldes im Nahen und mittleren Osten oder in Afrika leisten müsse, "um den freien Zugang zu Ressourcen und Energieversorgung sicherzustellen".

Statt Österreichs Neutralität und Selbstständigkeit zu wahren, will die Regierung das Land vor allem an die deutsche Wirtschafts- und Militärinteressen im Rahmen der EU anschließen. Und dafür sollen österreichische Soldaten wieder marschieren, sei es z.B. in Afrika bzw. wieder gegen Russland. Schon zweimal im letzten Jahrhundert wurden Österreicher in Russland für Großmachtinteressen kämpfen und sterben geschickt.

Das wollen wir nie wieder.



Bild: <https://spectrejournal.com/against-war-in-ukraine>

**Gegen die Kriegstreiber in Ost und West
Neutralität statt Kriegsbeteiligung**

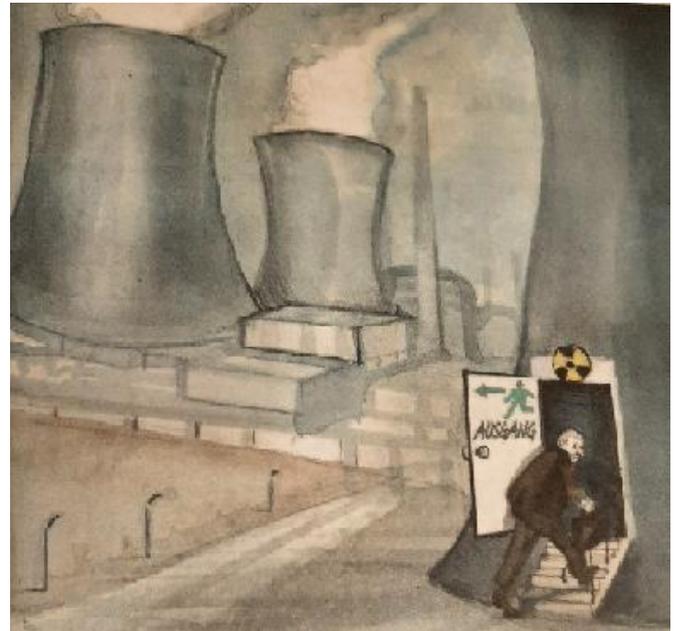
Ausweg aus Klimakatastrophe und Krieg: „Grüne“ AKWs und „friedliche“ Atomwaffen?

Seit mehr als 50 Jahren, seit dem Bericht des Club of Rome über die „Grenzen des Wachstums“ aus 1970 weiß man, dass die auf Profit ausgerichtete und für die Profitmaximierung unumgängliche Über- und Wegwerfproduktion die Zerstörung von Natur, Umwelt und Klima bedeutet und damit Menschen und allen anderen Lebewesen auf der Erde die Lebensgrundlagen entzieht. 1983 wurde von der UNO die „Weltkommission für Umwelt und Entwicklung“ ins Leben gerufen, die einen Bericht zu den Perspektiven einer langfristig angelegten umweltverträglichen globalen Entwicklung erarbeiten sollte. Der sogenannte Brundland-Report (benannt nach deren Leiterin, der früheren norwegischen Ministerpräsidentin) erschien 1987 und definierte erstmals was „nachhaltige Entwicklung“ sein soll. Vor 31 Jahren, 1992, wurde das UNO-„Rahmenübereinkommen über Klimaänderungen“ (Klimarahmenkonvention) beschlossen und im selben Jahr in Rio de Janeiro von 154 Staaten unterzeichnet. Fünf Jahre später, 1997, wurde in Kyoto (Japan) das Zusatzprotokoll (Kyoto-Protokoll) zur konkreten Umsetzung der Erreichung von Klimaschutzziele beschlossen. Am 16. Februar 2005 trat das Abkommen in Kraft und legte erstmals völkerrechtlich verbindliche Zielwerte für den Treibhausgas-Ausstoß – der Hauptursache der globalen Erwärmung – in den Industrieländern fest.

In der Folge sind etliche Länder später oder gar nicht beigetreten (z.B. USA) oder wieder ausgetreten (z.B. Kanada) und es fand bei den jeweiligen Folgekonferenzen ein Hauen und Stechen, ein Feilschen und Aufweichen, Verwässern und verschieben von Zielen und Reduktionsmengen sondergleichen statt. Zuletzt stand im Mittelpunkt des Streits, dass die Industrieländer die versprochenen Milliarden für den globalen Süden nicht zahlen oder deren Zahlung vermindern, aussetzen, verzögern. Und nicht zuletzt unterwanderten verschiedene Schein-NGOs- und Lobbyorganisationen der Industrie, insbesondere der Atomindustrie, die Klimakonferenzen. Mit einem der Ergebnisse, dass z.B. die EU die Taxonomie-Verordnung erließ, die Atom und Gas zu „grünen Energien“ erklärte. Der Effekt war und ist, dass die Atomindustrie frisches Geld

bekommen soll. Was derzeit besonders Frankreich nutzt und die sowieso schon für die Atomkonzerne zugeschniderte Taxonomie-Verordnung weiter aufweichen will.

Hintertür



Aus: Wiener Zeitung, 22. August 2022

Atomstrom kein Ausweg aus der Klimakatastrophe

Dabei ist klar, dass Atomstrom kein Ausweg aus der Klimakatastrophe sein kann. Der Anteil der Atomenergie an der weltweiten Energieproduktion beträgt rund 2%. Dieser Anteil ist weniger als wir Energie wegen Abwendung der Klimakatastrophe einsparen sollten. Allein dadurch ist schon klar, dass Atomenergie keinen Beitrag zum Klimaschutz leisten kann. Ganz abgesehen von den Kosten und Risiken. So kostet eine Megawattstunde (MWh) Atomstrom 160 Dollar, Strom aus Wind oder Sonne rund 38 Dollar. Die Risiken sind klar: die Atomunfälle in Russland und Großbritannien in den 1950er Jahren, die Unfälle von Harrisburg (USA, 1979), Tschernobyl (1986, Sowjetunion-/Ukraine) oder Fukushima (Japan 2011) – um nur die schlimmsten zu benennen. Die AKWs, die auf 25 bis 30 Jahre ausgelegt waren, sind oft schon 40 Jahre und mehr in Betrieb, samt Laufzeitverlängerungen auf 60 Jahre! Der nächste Atom-Super-GAU ist nur eine Frage der Zeit. Selbst nach einem Atomausstieg, wie jetzt endlich in Deutschland erfolgt, bleibt für

Jahrtausende das Problem des Atommülls. Keiner weiß, wohin damit. Endlager gibt es keines. „Nach 60 Jahren AKW-Betrieb haben sich allein in Deutschland 1.900 der jeweils 120 Tonnen schweren Castor-Behälter angesammelt. Jeder Castor kann so viel Radioaktivität enthalten, wie 1986 in Tschernobyl freigesetzt wurde. 250.000 Jahre endlagern will das Zeug keiner.“ (Heute, 18. April 2023)

In Frankreich treten spätestens seit 2021 Korrosionsprobleme nicht nur in alten, sondern auch in neuen AKWs auf. Im vergangenen Sommer musste aus Sicherheitsgründen die Hälfte aller AKWs wegen Wassermangels der Flüsse in Folge Hitze und Trockenheit durch den Klimawandel zumindest zeitweise abgeschaltet werden. Trotzdem will die französische Atomindustrie in den kommenden zehn Jahren ca. 100.000 Beschäftigte einstellen und ausbilden sowie sechs neue AKWs bauen.

In Japan tut man 12 Jahre nach dem Super-Atom-GAU von Fukushima so, als wäre alles behoben. Wie? Indem man z.B. den nationalen Gedenktag abschaffen möchte. Weiters sollen bestehende, momentan noch stillgelegte AKWs wieder hochgefahren und sogar neue AKWs gebaut werden. Dass es aber das Atomproblem Fukushima immer noch gibt und viele Jahrzehnte noch geben wird und keine Lösung in Sicht ist, zeigt der Umstand, dass im Sommer damit begonnen werden soll, rund eine Million Liter verseuchten Kühlwassers aus den zerstörten AKWs ins Meer zu leiten. Die japanische Atommafia hatte den Gewinn, die Steuerzahler zahlten und zahlen für die nicht endende „Bewältigung“ des Super-GAUs und die Radioaktivität wird über das Meer auf die ganze Welt verteilt – bis in unsere Lebensmittel aus dem Meer.

Wenn also die Kosten und das Risiko so hoch sind, warum wird dann von allen Atommächten und von allen, die AKWs betreiben, von der Atomindustrie und der Atomlobby an den so teuren, gefährlichen AKWs festgehalten? Weil AKWs aus der Atomwaffenproduktion hervorgegangen sind und aus AKWs wieder waffenfähiges Plutonium für Atombomben erzeugt werden kann – das alles noch hoch staatlich mit hunderten Milliarden gefördert, also auf Steuerzahlerkosten. Unter dem Deckmantel „Atomstrom für den Klimaschutz“ werden „Atomprogramme für den Krieg“ von uns allen, auf Kosten unserer Gesundheit und unseres Lebens betrieben.

Die Atomwaffenmächte (USA, Russland, Großbritannien, Frankreich, China, Indien, Pakistan, Israel, Nordkorea) bauen ihre Arsenale im Namen von „Friedenssicherung“ aus und stationieren in ihren jeweiligen „Einflusszonen“ Atomwaffen. So befinden sich USA/NATO-Atomwaffen in einigen europäischen Ländern, u.a. in Deutschland, Belgien, Italien, Holland, der Türkei. Im Vorjahr hat sich Polen bereit erklärt, US-Atomwaffen aufzustellen. Im Jänner dieses Jahres hat Südkoreas Präsident Yoon Suk Yeol den USA Stützpunkte für taktische Atomwaffen in Südkorea angeboten. Russland verlegt gerade Atomwaffen nach Weißrussland.

Atom-„Terminator“ Schwarzenegger

Vor diesem Hintergrund ist es besonders bezeichnend und entlarvend, dass der „Terminator“ und selbsternannte „Umwelt- und Klimakämpfer“ Arnold Schwarzenegger sich nunmehr für Atomkraft als Ausweg aus der Klimakrise ausspricht und den deutschen Atomausstieg bedauert und als falsch bezeichnet (<https://orf.at/stories/3286889/>). Das ist derselbe „Arnie“, der beim von der Ex-Grünen Monika Langthaler organisierten „Austrian World Summit“ von der österreichischen Polit-Prominenz hofiert wurde. Bundespräsident Van der Bellen stellte den Ehrenschild, UNO-Generalsekretär Guterres mahnte, aber auch Bundeskanzler Nehammer, Klimaministerin und angebliche Atomgegnerin Gewessler waren anwesend und sogar Wladimir Klitschko, der jüngere Bruder des Kiewer Bürgermeisters Vitali Klitschko, scharwenzelte auf der Konferenz umher, während in der Ukraine Menschen sterben (<https://orf.at/stories/3316876/>) und viele andere Promis tanzen an, um dem „Atom-Klima-Arnie“ wie die Motten das Licht zu umschwirren. Was am „Austrian World Summit“ betrieben wurde, ist Klima-Greenwashing erster Klasse. Die Umweltbewegung müsse aufwachen, es brauche eine neue Umweltbewegung, sagte Schwarzenegger: *„Eine grüne schöne Zukunft mit Robotern, sauberem Zement, nachhaltigen Meeresfrüchten samt Energielieferanten, die auf Algen und Wellen setzen.“* (Wiener Zeitung, 17./18. Mai 2023). „Build, build, build“ war Arnies Botschaft. Das hören Industrie und „grüne“ Kapitalisten gerne. Algen und Meeresfrüchte raus aus dem Meer. Schon jetzt sterben die Meere und die Artenvielfalt wegen der Ausbeutung der Meere. Und „grüner

Zement“ ist sicher gut für die Bauwirtschaft. Kein Widerspruch von offizieller Seite zum „Atom-Klima-Arnie“?! Dabei hat Österreich 1978 NEIN zur Atomenergie gesagt und seit 1999 sogar ein „Bundesverfassungsgesetz für ein atomfreies Österreich“ beschlossen. (https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1999_149_1/1999_149_1.pdf)

Ausweg „grüner Kapitalismus“?

Nicht nur auf dieser Konferenz, sondern generell dreht sich die Debatte nur darum, wie man die Profitwirtschaft mit Marketingmaßnahmen „grün“ einfärben kann. Die Autoindustrie soll weiter – jetzt halt per E-Auto – Profite machen, die Atomindustrie soll weiter – jetzt auf einmal „umweltfreundlich“ – Profite machen, die Bauindustrie soll weiter – jetzt halt mit „grünem Zement“ – weiter Bodenversiegelungs-Profite machen usw., natürlich alles „in grün“, im Namen von Umwelt- und Klimaschutz. Keine Rede davon, Produkte langlebig zu machen, keine Rede von einer Abkehr von der Über- und Wegwerfproduktion, die das Grundübel von Umweltzerstörung, Ressourcenausbeutung und Klimawandel sind. Keine Rede davon, Mobilität durch massiven

Ausbau des Öffi-Angebots grün zu machen, vor allem mit und auf der Schiene, nicht mit Elektro-Kfz-Autobahnen usw. Keine Rede davon, den Bodenverbrauch zu reduzieren, denn auch „grüner Zement“ verbraucht Natur. Kein Wort davon, dass E-Autos genauso bzw. noch mehr Ressourcen wie „normale“ Autos verbrauchen, Altbatterien als zusätzlichen Müll hinterlassen oder durch ihr höheres Gewicht noch mehr Reifenabrieb und damit noch mehr Feinstaub verursachen. Kein Wort von besseren Arbeitsbedingungen und einem besseren sozialen, leistbaren und friedlichen Leben für alle. Aber wahrscheinlich wachsen aus den „friedlichen“ AKWs für „Arnie“ und seine Bewunderer aus den Eliten auch „friedliche Atombomben“, mit denen man den jeweiligen Feind dann „grün-friedlich“ in den atombetriebenen klimaschonenden Atombombentod schicken kann.

In so einer „schönen neuen Greenwashing-Atom-Welt“ dieser Menschenverächter und Profitanbeter wollen wir nicht leben!

Nehmen wir ihnen die Welt aus der Hand – es ist unsere Welt!

Sinnvoller Klimaschutz ist auch eine soziale Frage.

Frau Gewesslers Energiespartipps sind eine zynische Farce!

Gleich vorneweg:

Profit-Interessen multinationaler Konzerne und des Finanzsektors dominieren nach wie vor alle Klimaschutzkonferenz, Handelsabkommen, etc. Die meisten Politiker handeln, als wären sie bloße Befehlsempfänger, deren Nebenjob es ist, die Bevölkerungen mit Scheinaktivitäten einzulullen.

Jüngstes Beispiel ist das Wiederaufflammen der Mercosur-Verhandlungen auf EU-Ebene. Das EU-Mercosur-Abkommen soll der südamerikanischen Agrar- und Rindfleischindustrie mehr Exporte in die EU ermöglichen - im Austausch für Handelserleichterungen für die europäische Industrie, allen voran die deutsche Autoindustrie.

Die geförderten Produkte stehen oft in direktem Zusammenhang mit Naturzerstörung, der Klimakrise, dem Verlust der Artenvielfalt und/oder der Bedrohung menschlicher Gesundheit und damit in krassem Widerspruch zu sämtlichen, von der Wissenschaft und Klimaaktivisten geforderten Maßnahmen. Dennoch erdreisten sich die führenden Regierungen in Europa, den Klimaschutz auf ihre Fahnen zu heften – so auch die

österreichische. Der Klimawandel ist dank Greta Thunberg, dank „Fridays for Future“, dank der Aktionen von „Letzte Generation“ aber vor allem auch durch die bereits deutlich spürbaren Auswirkungen (extreme Trockenheit im Frühjahr, Austrocknung des Neusiedlersees) wieder mehr ins Bewusstsein der Menschen gerückt. Es muss gehandelt werden, sofort und auch auf nationaler Ebene. Aber nicht einmal hier schafft es die schwarz/grüne Bundesregierung die CO₂-Emissionen zu reduzieren und ist weit davon entfernt die Klimaziele zu erreichen. Ja nicht einmal ein Klimaschutzgesetz bringt sie zustande. Was ihr aber dazu einfällt sind Maßnahmen wie die CO₂-Besteuerung, die alle Menschen betrifft, egal ob Mindestpensionist:in oder hochbezahlte Manager:innen. Dabei kommt nie zur Sprache, welche sozialen Ungleichheiten hinter dem Energieverbrauch und damit auch hinter den klimaschädlichen Emissionen stecken – nicht nur global, sondern auch in Österreich allein. Während die Politik Appelle zum Kochen mit Deckel und kürzerem Duschen an die Bevölkerung richtet, wird die enorme Energieverschwendung der Reichsten

kaum thematisiert. Im Bericht „Strukturen für ein klimafreundliches Leben“ der WU Wien und des APEC (Austrian Panel on Climate Change) wird diese Problematik genau beschrieben. Reiche Menschen verursachen ungleich mehr CO₂-Emissionen als arme. Allein im Sektor Mobilität und Freizeit stoßen die reichsten 10% der Österreicher genau so viel wie die ärmsten 10% in allen Lebensbereichen zusammen CO₂ aus. (Die Pendlerpauschale in der jetzigen Form begünstigt Besserverdienende und müsste längst abgeändert werden.) Wenn davon gesprochen wird, dass das Wohnen und Heizen einen hohen Anteil an klimaschädlichen Effekten hat (z.B.: Bodenversiegelung), wird das Offenkundige nicht erwähnt: Je größer der Wohnraum, umso größer klimaschädliche Konsequenzen. Dasselbe gilt für das Konsumverhalten: Je mehr Geld vorhanden ist, umso mehr Dinge werden angeschafft. Der Bericht kommt zu dem Schluss: Wenn die Klimakrise überwunden werden soll, muss die Ungleichheit zum Thema gemacht werden, denn gerade die reichsten Haushalte sind für einen Großteil der CO₂-Emissionen verantwortlich. Wenn man also um den CO₂-Fußabdruck dieser Übeltäter weiß und die Produktionsweise kennt, die sie ungestraft so

reich werden ließ, kommen einem ganz andere Ideen, wie eine wünschenswerte Energiewende aussehen könnte; eine Umweltpolitik, die tatsächlich auf breite Zustimmung stößt, statt mit hohen Kosten für Energie und Transport vor allem die armen Haushalte zu belasten. Die Verfasser:innen des oben genannten Berichts sehen die Lösung in einem Paradigmenwechsel, was gesellschaftlicher Fortschritt bedeutet. Wurde bis jetzt die Formel „Nachfrage generieren, um im selben Stil weiter zu konsumieren und so die volkswirtschaftliche Stabilität zu garantieren“ propagiert, muss sie ersetzt werden durch „weg vom privaten zum kollektiven Konsum“. Dafür ist ein rigoroser Ausbau der öffentlichen Infrastruktur notwendig. Dieser muss durch eine gezielte Besteuerung von Vermögen und Erbschaften finanziert werden. Sie entspricht einer konsequenten klimasozialen Politik, im Gegensatz zu einer einfachen CO₂-Steuer, die nicht unterscheidet, ob jemand seinen Privatjet nutzt oder die Wohnung heizen muss. Mit diesem politischen Ansatz kann die Akzeptanz der Bevölkerung für Klimaschutzmaßnahmen erhöht werden, da Klimapolitik dann nicht mehr gleichgesetzt wird Verzicht.

1. Mai 2023



Mit Flugblättern und einer Transparentstrecke traten wir am 1. Mai 2023 am Ring in Wien auf. **Gegen Teuerung und Krisenabwälzung! Gegen die Kriegstreiber in Ost und West! Für Sozialstaat statt Aufrüstung und Krieg! JA zur Neutralität Österreichs!**

Tausende Vorbeimarschierende sahen und registrierten unsere Transparente. Viele blieben bei unserem Stand stehen, diskutierten und unterzeichneten die Neutralitäts-Initiative „Unsere Bild, Quelle: © www.atomgegner.at

Neutralität – Unsere Sicherheit (www.unsere-neutralität.at). Vor dem 1. Mai riefen wir folgendermaßen Personen, Gruppen, Initiativen und Organisationen zur Teilnahme und zur Ergreifung jeweils eigener Aktivitäten auf:

An alle Kolleginnen und Kollegen!

Machen wir gemeinsam den 1. Mai zum Anti-Kriegstag: Propagieren und verteidigen wir gemeinsam Österreichs Neutralität. Es geht darum, nicht ein drittes Mal für fremde Großmachtinteressen in den Krieg zu ziehen. Für unsere Neutralität einzutreten, das ist unsere einzige Chance, nicht in Krieg hineingezogen zu werden! Kommt zu unserem Stand, diskutiert untereinander, verteilt Flugblätter...

An alle Gruppen und Organisationen! Appelle alleine sind zu wenig, aktiv zu sein ist mehr als denn je notwendig.

Nehmt unsere Neutralität als ein hohes Gut, das es zu verteidigen gilt, schreibt es auf eure Transparente, auf eure Flugblätter am 1. Mai – und darüber hinaus: Gegen den Krieg in Ost und West, für Demokratie, für Frieden, Sozialstaat und Neutralität.

Klimachance – Lebenschance



Das Zentrum von Utrecht, Holland, einst von den Römern gegründet, ist von einem Kanal umgeben. Das hohe Verkehrsaufkommen und die Idee, das Stadtzentrum für den Verkehr zu erschließen, führten Anfang der 60-er Jahre zu dem Entschluss, den Kanal zu betonieren und eine mehrspurige Autobahn darauf zu errichten. Das Projekt war von Anfang an von heftigen Protesten der Bevölkerung begleitet. Zumindest wurde damals erreicht, dass ein guter Teil dieses ehemaligen Stadtgrabens zum nationalen Kulturdenkmal erklärt wurde. Dadurch konnte zwar der historische Kanalring vor der totalen Zerstörung gerettet werden, wurde allerdings zum Parkplatz. Unter dem Dauerdruck der Bevölkerung wurde der Parkplatz in eine Wasserfläche verwandelt. Als die Utrechter sahen, was ihnen möglich war, stimmten sie 2002 in einem Referendum für den Wiederherstellung des gesamten Kanalrings! Hochbetagte Mitglieder des Widerstandes der 60-er Jahre konnten diesen Erfolg noch mitfeiern! Die historische Altstadt von Utrecht ist, so wie in vielen anderen niederländischen Städten autofrei. Durch Rückbauten wurden Flächen, die früher dem Autoverkehr dienten, frei für andere Mobilitätsformen: Öffis, Rad- und Fußverkehr, Grünflächen und Straßencafés. Beim Bahnhof von Utrecht ist der größte Fahrradpark der Welt entstanden mit Platz für 12.500 Fahrräder!

Beherrzter Dauereinsatz von Bürgern ermöglicht sinnvollen Wandel für eine menschliche Umwelt!



eine beule im asphalt vor meiner Haustür fast wäre ich darüber gestolpert - eine woche später ein kleiner riss in der beule im harten asphalt – aha - was wird das werden - noch eine woche drauf wächst aus dem asphalt-riss ein zartes grünes pflänzchen du kannst es zwischen den fingern zerreiben aber das zarte pflänzchen hat den harten asphalt bezwungen und ich dachte es würde keine chance geben gegen den harten asphalt der profitgier und der unmenschlichkeit der ausbeutung und der unterdrückung der benachteiligung und der überheblichkeit aber jetzt glaube ich an die kraft unseres widerstandes die mächtigen glauben uns zwischen den fingern ihrer macht zerreiben zu können aber wir glauben an unsere kraft die die macht der mächtigen zerbrechen kann so wie das zarte pflänzchen den harten asphalt zerbrach



Österreichs Militär warnt vor „Neutralitätsrisiko“

So betitelte „Die Presse“ einen Bericht über die Zusammenfassung des „Risikobilds 2032“ des Bundesheeres. Darin befindet sich das „Neutralitätsrisiko“ als eine neue Bedrohung für Österreich.

Nicht nur der Konflikt zwischen Russland und dem Westen wirft die Frage auf, wo Österreich steht. Auch im Konkurrenzkampf zwischen China und den USA werden die EU und letztlich auch Österreich zunehmend Partei ergreifen müssen, so die Militärs. Österreich sei aber nur eingeschränkt strategiefähig ... Als Beispiel nennt der Bericht einen Angriff auf einen EU-Mitgliedstaat. Dieses Risiko habe sich durch den Ukraine-Krieg sowie den Nato-Beitritt Finnlands und den Aufnahmeantrag Schwedens stark erhöht. (*Womit die Militärs zugeben, dass die*

NATO-Norderweiterung die Kriegsgefahr erhöhe und nicht Russland, Anm. d. Red.).

Im Falle eines Angriffes könnte der angegriffene Staat nach dem EU-Vertrag die Beistandsklausel aktivieren. Für Österreich würden hier „Positionierungsfragen bezüglich Beistandspflicht, Solidarität sowie der Neutralität“ aufkommen. Eine europäische Isolation Österreichs wird befürchtet, falls sich das Land in einem Verteidigungsfall auf seine Neutralität beruft und nicht beteiligt. Das könnte massive Folgen etwa auf politischer und wirtschaftlicher Ebene haben. („Die Presse“, 20. April 2023)

<https://www.diepresse.com/6278165/oesterreichs-militaer-warnt-vor-neutralitaetsrisiko>

Unser Kommentar dazu:

Die Neutralität ist kein Risiko, sondern die Chance, nicht wieder in Kriege hineingezogen zu werden

Während die Regierung weiterhin und verstärkt EU-Aufrüstungspläne unterstützt, sich finanziell daran beteiligt und auch militärisch mitmacht, hält Bundeskanzler Nehammer gleichzeitig aus wahltaktischen Gründen den Schein aufrecht, er sei für die Beibehaltung der Neutralität.

Gleichzeitig setzt Verteidigungsministerin Tanner andauernd Schritte gegen die Neutralität. Sie schickt z.B. Abteilungen des Bundesheeres in die USA, um mit der US-Nationalgarde zu trainieren, sie betreibt neutralitätswidrig die Beteiligung Österreichs an der NATO-Luftverteidigung (Sky-Shield), sie lässt in Abstimmung mit Innenminister Karner neutralitätswidrig Panzertransporte durch Österreich mit dem Ziel Ukraine durchfahren (von Italien wurden am 15./16. April nach Polen 20 Artillerie-Panzer für die ukrainische Armee transportiert).

Mitte Mai, just um den 68. Jahrestag des Staatsvertrages am 15. Mai, hat sich der auf die Neutralität Österreichs vereidigte Oberbefehlshaber des Bundesheeres, Bundespräsident Van der Bellen, für einen „zivilen“ Entminungseinsatz des Bundesheeres während des laufenden Krieges in der Ukraine ausgesprochen und das als mit der Neutralität vereinbar hingestellt. Das ist ungeheuerlich. Damit wären fremde (österreichische) Soldaten in der Ukraine stationiert. Das würde Österreichs Soldat:innen zum Angriffsziel und Österreich zur Kriegspartei machen! Man sieht,

vom Bundespräsidenten abwärts werden ständig und immer massivere Vorstöße zum offenen Neutralitätsbruch gemacht. Es ist absolut inakzeptabel, dass von den eigenen Staatsorganen solche friedensgefährdenden Attacken gegen die Lebens- und Sicherheitsinteressen der eigenen Bevölkerung Österreichs geführt werden!

Schon Ende April 2023 veröffentlichte die Zeitung „Die Presse“ einen sog. vertraulichen Bericht "Risikobild 2032" aus Tanners Verteidigungs-Resort, der ungeheure Unwahrheiten verbreitet (siehe oben). Die Neutralität sei eine Bedrohung, ein Risiko für Österreich, wird darin behauptet. Russland würde auch Österreich bedrohen und die Gefahr steige, dass Österreich angegriffen wird, wenn es neutral bleibt. Das ist eine Propaganda für den Krieg, für die Beteiligung Österreichs an Kriegsvorbereitungen und letztlich direkt an Kriegen. Solche Bedrohungsszenarien sollen den Menschen Angst machen und uns glauben machen, dass wir unter den angeblichen EU/NATO-Schutzschirm sicherer wären. Und das Bundesheer nutzt dieses selbst gezeichnete Bedrohungsszenario dazu, noch mehr Geld zu fordern: bis 2026 zusätzlich zu den schon bewilligten Milliarden noch 5,2 Mrd. Euro und bis 2032 sogar 20,8 Mrd. Euro! (Wiener Zeitung, 20. April 2023). Im sog. „Risikobild 2032“ soll Österreich, geht es nach unserer Regierung, letztlich mit der EU/NATO,

an der Seite der USA gegen Russland und/oder China in den Krieg ziehen.

Nicht die Neutralität gefährdet uns, sondern die Aushöhlung, Missachtung oder Abschaffung der Neutralität macht unser Land unsicher und zum Angriffsziel.

Österreich als neutrales Land bedroht niemanden. Werden wir aber noch mehr oder ganz – wie Regierung, Ministerin Tanner und das Militär wollen – in die EU/NATO-Militarisierung und -Kriegsplanung aktiv hineingezogen, dann sind wir (Kriegs)Partei und dann wirklich Angriffsziel.

Die Neutralität ist die Lehre aus zwei Weltkriegen: Nie wieder für Großmachtinteressen in

den Krieg ziehen. Wenn jetzt gesagt wird, dass die Neutralität zwar in Zeiten des Kalten Krieges oder in Friedenszeiten gut geeignet war, aber jetzt nicht, weil ein neuer Kalter Krieg droht, bzw. ja schon ein heißer Krieg in Europa stattfindet, dann ist das die Verdrehung der Tatsachen.

Es wäre so als würde man die Feuerwehr, die man in Zeiten wo es nicht brennt ausrüstet und ausbaut, dann wenn es brennt, einfach wegschickt oder abschafft.

90% der Österreicher:innen sind für die Beibehaltung der Neutralität! Die Neutralität ist Verfassungsgesetz. Daran hat sich jede Regierung zu halten!

Bericht von der Veranstaltung 1933 – 1938 – 2023

Anlässlich der Jahrestage von März 1933 und März 1938 fand am 15. März 2023 die folgende Podiumsdiskussion statt: „1933 – 1938: Nie wieder Faschismus. Nie wieder Krieg! Und heute, 2023? Für Demokratie, Frieden und Neutralität.“



Bild, Quelle: © www.unsere-neutralitaet.at

60 Teilnehmer:innen beteiligten sich nach den Eingangsreferaten an einer regen Diskussion zu den Themen, wie man den Krieg in der Ukraine beenden kann, welche kriegerische Gefahren noch auf uns zukommen, wenn der Krieg weitergeht, wie wichtig Österreichs Neutralität ist, gerade in Konflikt- und Kriegszeiten und welche Rolle den Gewerkschaften zukommt bzw. von ihnen erwartet wird, Frieden und Neutralität zu sichern. Die Stellungnahmen der Podiumsteilnehmer:innen sind in einem Video zusammengefasst und nachschaubar.

Link zur VIDEO-Aufzeichnung:

https://www.youtube.com/watch?v=V4I5bzV7_wU

Veranstalter war die Initiative „Unsere Neutralität“: www.unsere-neutralitaet.at



Bild, Quelle: © www.unsere-neutralitaet.at

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir danken für die Zusendungen und Spenden, die wir im Sinne unserer gemeinsamen Sache auch weiterhin benötigen! Auftreten gegen: Wirtschafts-krise, Krieg und Militarisierung, Atomrüstung, AKW-Bau und Klimawandel. Insbesondere durch unser Auftreten gegen den Krieg und für die Neutralität sind uns dieses Jahr zusätzliche Kosten entstanden.

Nur gemeinsam können wir eine bessere Zukunft erreichen.

Von keiner Firma, Partei oder Gewerkschaftsfraktion abhängig, ist unser Auftreten nur durch ehrenamtlichen Einsatz und durch Spenden unserer LeserInnen und AktivistInnen möglich! Alle, die unsere Auffassungen teilen, laden wir herzlichst zur aktiven Mitarbeit ein.

Mit kollegialen Grüßen

*„Gewerkschafter*innen gegen Atomenergie und Krieg“*

Ausstellung: Die Zerstörung der Demokratie. Österreich, März 1933 bis Februar 1934



Bild, Quelle: © Wienbibliothek im Rathaus
Link:

<https://www.wienbibliothek.at/veranstaltungen-ausstellungen/ausstellungen/zerstoerung-demokratie>

Mit der Ausschaltung des Parlaments begann im März 1933 die Zerstörung der Ersten Republik. Die so beginnende Umwandlung Österreichs in einen autoritären Staat mit faschistischem Zuschnitt kam keineswegs plötzlich und verlief vorerst weder laut noch kämpferisch. Schrittweise, stets unter dem Anschein der Legalität, schaltete die Regierung Dollfuß zwischen März 1933 und Februar 1934 mittels Notverordnungen und unter permanentem Verfassungsbruch die Einrichtungen der Demokratie aus. „In Ruhe und Ordnung“ wurden so Parlamentarismus, Sozialstaat, Grund- und Freiheitsrechte, Verfassung und das Rote Wien ausgehebelt. Wie eine übermächtige Exekutive die politische Opposition mit administrativen Mitteln, staatlicher und letztlich auch Waffengewalt ins Abseits drängen und sie schließlich ganz ausschalten kann, zeigt dieses knappe Jahr als durchaus aktuelles Lehrstück.“ (Quelle: Ausstellungsfolder)

Die Ausstellung läuft in der Wienbibliothek im Wiener Rathaus, Ausstellungskabinett, vom 23. Mai 2023 bis 16. Feber 2024. Ort:

1010 Wien, Rathaus, Eingang Felderstraße, Stiege 6, Glaslift, 1. Stock

T: +43 (0)1 4000 84920; Montag bis Freitag, 9.00 bis 19.00 Uhr. Eintritt frei! Geschlossen: Samstag, Sonntag, Feiertage.

EINLADUNG

Wer mit uns gemeinsam im Herbst (Oktober) die Ausstellung besuchen will, meldet sich bitte sein Interesse an unter:

ggae@gmx.at Kennwort: Ausstellung. Wir schicken dann Terminvorschläge und organisieren den gemeinsamen Besuch.

Neuerlicher Neutralitätsbruch: Panzertransport durch Österreich mit dem Ziel Ukraine

Am 15./16. April 2023 wurden von Italien nach Polen über Österreich per Zug 20 Artillerie-Panzer für die ukrainische Armee transportiert, die von Polen aus an die im Krieg befindliche Ukraine weitergeliefert werden. Das alles geschah ohne Genehmigung oder Protest durch die österreichische Regierung. Das ist Gesetzes- und Neutralitätsbruch durch oberste Organe des Staates Österreich, der in der Bundesverfassung die immerwährende Neutralität festgeschrieben hat.

Laut geltendem Kriegsmaterialengesetz – mit dem schon vor Jahren eine Aufweichung und Umgehung der Neutralität einhergeht – können nur Transporte zwischen EU-Ländern genehmigungsfrei erfolgen. Eine Weiterführung in – noch dazu im Krieg befindliche – Drittstaaten, diesmal in die Ukraine - ist gesetzes- und neutralitätswidrig.

Obwohl Österreich sowohl von der Art des Panzer-Transportes als auch vom Ziel des Transportes vorab von Italien unterrichtet wurde, haben die österreichischen Behörden den Zug, wie es gemäß Gesetz sein müsste – nicht an der österreichischen Grenze gestoppt, nicht einmal dagegen protestiert. Im Gegenteil, das Innenministerium sprach davon, dass alles ordnungsgemäß gewesen sei.

Damit macht Österreichs Regierung nicht nur bei der EU- und USA/NATO-Kriegspropaganda und beim USA/EU-Wirtschaftskrieg (z.B. Sanktionen) zum Schaden der österreichischen Bevölkerung (z.B. Teuerung) mit, sondern auch schon bei der militärischen Unterstützung von Kriegsparteien. Die Regierung tritt Österreichs Gesetze, die Neutralität und den Willen der Bevölkerung mit Füßen, die zu 90% für die Neutralität und nur zu 21 % für die Weiterführung des Ukraine-Krieges ist. Diese Vorgangsweise der Regierung ist unerhört und inakzeptabel, gefährdet den neutralen Status Österreichs und damit die Sicherheit Österreichs.

PRESSEAUSSENDUNG der Gewerkschafter*innen gegen Atomenergie und Krieg, www.atomgegner.at

Mitinitiatorin der Initiative: „Unsere Neutralität – unsere Sicherheit“, www.unsere-neutralitaet.at

DAS LETZTE



Bei Transporten von Kriegsmaterial für NATO-Manöver an der russischen Grenze wurde früher noch scheinheilig bei uns wegen des Transfers nachgefragt.

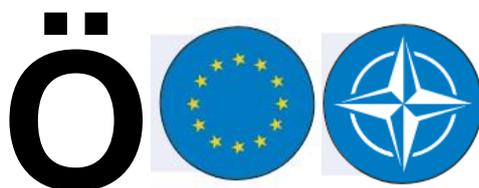
Jetzt im Krieg macht man sich nicht einmal mehr diese Mühe. **Wir sind ja nun keine "Trittbrettfahrer", wir sind das Trittbrett.**

HH, Wien

Das Geschäft mit dem Krieg nach innen und außen – auch in Österreich

Etwa 130 Betriebe in Österreich rüsten Polizei und Militär auf. Ihr Umsatz macht rund 2,7 Mrd. Euro aus, der Exportanteil beträgt 90%. Einige der Großen sind u.a.: Die zum US-Konzern **General Dynamics** gehörende **Panzerfabrik in Wien-Simmering** (früher: Simmering-Graz-Pauker/(SGP), die gerade 112 Ulan-Schützenpanzer der Bundesheeres modernisiert, die deutsche **Rheinmetall MAN Military Vehicles Österreich** in Wien-Liesing (früher ÖAF-Gräf & Stift, dann MAN Truck & Bus), die deutsche **Rheinmetall Waffe Munitions Arges** in Schwanenstadt, OÖ., die **Hirtenberger Defence Europe** (früher Hirtenberger Patronenfabrik), **Steyr Arms** Handfeuerwaffenproduzent (früher Steyr Mannlicher), der Pistolen-Produzent **Glock**, die Wiener Neustädter Firma **Schiebel** (High-Tech Mini-Hubschrauber mit Kameras und Waffensystemen ausgestattet) oder die Wiener Firma **Frequentis Defence**, die Systeme für das militärische Flugverkehrsmanagement sowie für Überwachung herstellt. (Quelle: Kurier, 22. April 2023)

Österreich – EU – NATO?



EU verkündet den Wechsel in die Kriegswirtschaft

Spätestens seit dem Ukrainekrieg sind 90% der Menschen in Österreich für die Beibehaltung der Neutralität, während Österreichs Wirtschaftsbesitzer, Regierende und Militärs aller Parteifarben entweder für die noch stärkere auch militärische Anlehnung und Einbeziehung in eine EU-Militärunion, insbesondere in Kooperation mit Deutschland oder für einen NATO-Beitritt sind. Deutlicher könnten der Widerspruch und Vertrauensverlust zwischen „denen da oben“ und „uns da unten“ nicht sein. Außerdem: Während 85% der Menschen in Österreich gegen einen NATO-Beitritt sind und 66% die USA nicht als vertrauenswürdig betrachten, hoffen zwei Drittel, dass die EU den Frieden sichere, so eine ÖGfE-Umfrage (Wiener Zeitung, 3. Mai 2023).

Man könnte sagen, die Hoffnung stirbt zuletzt. Denn das Gegenteil ist wahr, die **EU ist schon seit Jahren auf dem Weg zu einer Kriegsunion.** Das

haben wir schon bei unserer Veranstaltung „**EU: Auf dem Weg zur Kriegsunion Gefahr für Österreichs Neutralität und den Frieden in Europa**“ im Mai 2019 gemeinsam mit Thomas Roithner, Friedensforscher; Franz Sieder, Kaplan, Betriebsseelsorger, Pax Christi; Sara Tavares da Costa, Young European Socialists und Marcus Strohmeier, Leiter des Internationalen Referats im ÖGB; herausgearbeitet (https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_201904_30_OTS0009/eu-auf-dem-weg-zur-kriegsunion).

Gegen diese EU-Aufrüstungspolitik treten wir seit vielen Jahren öffentlich auf. Die damalige Diskussion ist in unserer Aussendung Nr. 2/2019 zusammengefasst: [EU-Auf-dem-Weg-zur-Kriegsunion-GGAE-Veranstaltung 9-5-2019.pdf](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_201904_30_OTS0009/eu-auf-dem-weg-zur-kriegsunion-ggae-veranstaltung-9-5-2019.pdf) (atomgegner.at).

Es hat also nicht den Ukraine-Krieg gebraucht, aber dieser Krieg dient nicht nur den USA, sondern auch den NATO-getriebenen EU-Spitzen zur zusätzlichen

„Rechtfertigung“ dazu, dass EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen und EU-Industriekommissar Thierry Breton verkünden:

„Unsere Industrien müssen jetzt in den Modus der Kriegswirtschaft wechseln.“

Das dient nicht zur Sicherung des Friedens für die Menschen in der EU, sondern nur zur Absicherung des letztlich auch militärisch angepeilten Kampfes der Konzerne um ihre Profite, die Werte ihrer Aktien und Dividenden in Konkurrenz zu denen der USA und Chinas. Und wenn es dann so weit ist, soll die Masse der Arbeiter:innen und Angestellten – nicht die Konzern-Bosse oder die Regierungs- und Polit-Chefs für die Profitinteressen der einen oder der anderen Seite in den Krieg ziehen und sterben. Das ist die bittere Wahrheit hinter den Worten wie „Krieg sichert den Frieden“ oder „Ende der Friedensdividende“ oder „in der Ukraine wird Krieg für ‚*unsere Werte*‘ geführt“.

„Zeitenwende“ und „Ende der Friedensdividende“

Zudem dient das Gerede von der „Zeitenwende“ und vom „Ende der Friedensdividende“ den Herrschenden der zweifachen Verschleierung. Nicht die Zeit hat sich gewendet, sondern das Vorhaben der Konzerne, immer mehr auch mit militärischen Mitteln und Kriegen selbst auf dem Rücken der jeweils eigenen Bevölkerungen ihre Profite zu sichern – koste es was es wolle – bis hin zum Tod Hunderttausender, ja Millionen von Menschen, wie bereits die zwei Weltkriege zeigen. Und das Gerede vom „Ende der Friedensdividende“ lügt uns vor, dass „wir alle“ zuvor von der Profit- und Wegwerfwirtschaft der Konzerne profitiert hätten. Das Gegenteil ist der Fall: Jahrzehntelange Ausbeutung von Mensch und Natur, Umweltzerstörung mit der Klimakatastrophe als Folge. Die Konzernbosse wussten davon und haben es um der Profite willen verschwiegen und trotzdem weiter und weiter gemacht – wie das Beispiel des Ölmultis Exxon zeigt. Und jetzt, am „Ende der Friedensdividende“ wollen die Konzerne weiter Handel und Wirtschaft treiben, indem sie Märkte, Rohstoffe und Einflusszonen anderer Regionen und Staaten dadurch erobern, dass sie mit Hilfe „ihrer“ jeweiligen Staaten Kriege führen lassen. Davon, von dieser Kriegswirtschaft, also vom direkten Sterben der Menschen, profitieren wiederum die Konzerne, insbesondere die Rüstungskonzerne. Das ist eine tödliche „Kreislaufwirtschaft“, aber ganz nach dem Geschmack der Profiteure – eine **„tödliche Profitkreislaufwirtschaft“**, die dafür sorgt, dass die Profitbeschaffer – die Arbeitenden – immer unten bleiben und die Profitnehmer – die Unternehmer, Chefs, Bosse, Reichen und ihre Politspitzen immer obenauf bleiben.

EU-Kriegswirtschaft

Allein bis 2025 sollen für den „Wechsel in den Modus der Kriegswirtschaft“ Förderungen von 500 Mio. Euro von der EU und nochmals 500 Mio. Euro von den Mitgliedstaaten (also auch vom neutralen Österreich?) kommen (Wiener Zeitung, 4. Mai 2023). Ganz zu schweigen von den schon lange vor dem Ukrainekrieg bestehenden Aufrüstungs-Finanzierungstöpfen und -verträgen wie PESCO oder der EU-„Friedensfazilität“ (EFF), die für Rüstung von 2021 – 2027 in Summe nach mehreren Erhöhungen bislang 8 Milliarden Euro vorsieht, der 2017 gegründete „EU-Verteidigungsfonds“ (EVF) oder jüngst das „Instrument zur Stärkung der Europäischen Verteidigungsindustrie durch Gemeinsame Beschaffung“ (EDIRPA). Schon in den fünf Jahren vor dem Ukrainekrieg stiegen die EU-Rüstungsausgaben um ca. 30%. Nach Beginn des Ukrainekrieges wurde bereits im März 2022 dann der „Strategische Kompass“ der EU ins Leben gerufen, der die EU zu einem auch militärisch „Global Player“ machen soll. Ziel ist eine Erhöhung der EU-Militärausgaben um 70% bis 2025 auf insgesamt 200 Milliarden Euro (mehr Infos dazu siehe: IMI, Informationsstelle Rüstung e.V., www.imi-online.de; unter Suchbegriff „Strategischer Kompass“ oder „EU-Rüstung“ eingeben). vorsieht. Der EU-Vertreter in Österreich, Martin Selmayr, meint: „Europa muss, um ‚weltpolitikfähig‘ zu sein, die Sprache der Macht nicht nur sprechen, sondern auch diese Macht tatsächlich ausüben, das betrifft vor allem den Bereich des Militärischen“ (Wiener Zeitung, 6., 7. Mai 2023).

Heuchelei der Profiteure

Während immer mehr Menschen mit ihrem Einkommen das tägliche Leben nicht mehr bewältigen können, schmeißen die EU-Spitzen, die bei Wahlen vom „Friedensprojekt EU“ faseln, Milliarden über Milliarden den Rüstungskonzernen in den Rachen. Die EU will ähnlich wie die USA oder (gemeinsam mit) deren militärischem Arm (NATO) außerhalb der EU die Wirtschaftsinteressen ihrer Konzerne zunehmend auch militärisch „vorwärtsverteidigen“ – wie z.B. schon in manchen Ländern Afrikas. Und eben auch in der Ukraine will die EU, wollen vor allem die großen europäischen (EU-)Länder wie Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien beim Rüstungsgeschäft im Krieg und beim „Wiederaufbau“-Geschäft dabei sein – auch Österreichs Wirtschaft – meist am Rockzipfel des deutschen Kapitals – siehe Autoindustrie und Kanzler Nehammers Rede bei BMW-Steyr vom „Autoland Österreich“.

Das Gerede von „Hilfe für die Ukraine“ ist reine Heuchelei. Die in Summe bereits 100 Milliarden Euro für Waffen, Panzer, Kampfflugzeuge für die Ukraine, fließen in die Taschen der Konzerne. Kämpfen und sterben für die Profite der West-(Rüstungs-)Konzerne dürfen dann die Menschen in

der Ukraine – zur „Verteidigung der europäischen Werte“? Nein, für die steigenden Aktienkurse der Konzerne, die derzeit enorme Extraprofiten machen und Sonderdividenden auszahlen. Während die einen ihre Gewinncoupons einlösen, sterben die anderen am Schlachtfeld. Und auch die Masse der Bevölkerung hier im Westen wird durch enorme Teuerung des täglichen Lebens und Sozialabbau zur Kasse gebeten.

Die EU ist auf dem Weg zur Kriegsunion statt eine Friedens- und Sozialunion. USA/NATO sind keine Sicherheits- und Friedensstifter, sondern betreiben Militärexpansion überall auf der Welt.

Österreich darf, muss und kann daran nicht teilnehmen. Keine (EU-)Armee der Welt kann uns dazu zwingen. Nur die Schwäche und Unterwürfigkeit unserer heimischen Herrschenden und ihre Bereitschaft, unter den angeblichen EU-, USA/NATO oder Deutschland-„Schutzschirm“ schlüpfen zu wollen, führt uns in den Krieg. Warum? Weil auch die österreichischen wirtschaftlichen Fürsprecher oder Ableger (Industriellenvereinigung, Wirtschaftskammer, Banken, Konzerne) sich erwarten, selbst davon zu profitieren, wenn sie die

SPÖ:

Verklärung – Wirklichkeit – Notwendigkeit

Gerne wird die Zeit von Kreisky oder Vranitzky in der SPÖ fast verklärend dargestellt. Doch die SPÖ hat sich schon seit langem von Industrie, ÖVP und FPÖ abhängig gemacht, um Kanzler zu werden oder zu bleiben. Die Folge: Immer, wenn die SPÖ die Schuldigkeit für die Unternehmer getan hatte, wurde sie von der Industrie und den Medien wieder fallen gelassen.

Das war bei Kreisky (1970-1983) so, als sein Sozialminister Dallinger eine Wertschöpfungsabgabe („Maschinensteuer“) forderte, um die Produktivitätsprofite der Unternehmen der Allgemeinheit zugänglich zu machen und Sozialabbau zu verhindern. Die Industrie hingegen forderte ein Sparpaket – und Kreisky schnürte das „Mallorca-Paket“ mit Einschnitten für die Bevölkerung. Ergebnis: Kreisky verlor 1983 die Mehrheit.

Das war auch bei Vranitzky (1986-1997) und seinem Nachfolger Klima (1997-1999) so. Vranitzky beendete zwar die SPÖ-Koalition mit der FPÖ, schloss dafür aber einen Pakt mit Industrie und ÖVP für den weiteren Ausverkauf der Verstaatlichten Industrie, für die Liberalisierung und Privatisierung und dem EU-Beitritt. Sparpakete wurden „geschnürt“, die Pensionen verschlechtert, u.a. die jetzige Erhöhung des

Wirtschafts-, Erweiterungs- und Eroberungsstrategien der deutschen oder US-amerikanischen Konzerne hierzulande unterstützen und befördern. Deshalb werden mit Hilfe des führenden heimischen Politikpersonals die globalen wirtschaftlichen und militärischen Interessen der Konzerne auch in Österreich verfolgt. Das steht aber im krassen Gegensatz zu den Lebens- und Sicherheitsinteressen der österreichischen Bevölkerung.

Das heißt, die Bevölkerung muss selbständig und gemeinsam aktiv werden, um ihren Ansprüchen, Forderungen und ihrem Willen Gehör und Durchsetzung zu verschaffen. **Kriegspropaganda, der Wechsel zur Kriegswirtschaft, die Vorbereitung auf noch mehr Krieg, werden als Sicherung des Friedens hingestellt. Dagegen muss das immerwährend neutrale Österreich seine Stimme erheben und darf keine Zustimmung dazu geben.**

JA zur Neutralität – NEIN zur EU/NATO-Kriegsteilnahme!



Pensionsantrittes für Frauen mit der ÖVP fixiert.

Nachdem die Industrie mit Hilfe der SPÖ das alles durchgesetzt hatte, wechselten ab dem Jahr 2000 Wirtschaft und Medien auf ÖVP und FPÖ. Diese vollendeten für die Wirtschaft die Privatisierung der Verstaatlichten Industrie, starteten die Angriffe auf die Sozialversicherung oder beschlossen die große „Pensionsreform“, die uns arbeitenden Menschen in Wirklichkeit heute 25% bis 30% weniger Pension als früher auf Dauer bescherte.

Als die ÖVP-FPÖ-BZÖ-Regierungen (2000-2006) bei so viel offener Unternehmerpolitik gegen die Menschen bei den Wählern unten durch waren, hat überraschend die SPÖ (Gusenbauer) gewonnen – aber nichts zugunsten der Arbeiter und Angestellten geändert oder zurückgenommen. Im Gegenteil: Studiengebühren eingeführt, Erbschaftssteuer abgeschafft, Eurofighter belassen. Faymann übernahm SPÖ-Vorsitz und Kanzlerschaft und verlor von Wahl zu Wahl.

2016 putschte Kern gegen Faymann und hoffte auf einen Wahlsieg indem er der Industrie seinen „Plan A“ mit 12-Studenten light“, Flexibilisierung und auch einer „Sozialversicherungsreform light“ anpries. Die Industrie war begeistert, die Medien voll des Lobes für „den frischen linken Wind“. Bis Kurz 2017 gegen Mitterlehner putschte und mit der FPÖ für die Industrie 12-Studenten / 60-Stundenwoche oder Zugriff der Unternehmenseite auf die Sozialversicherung umsetzte. Dafür ließ die Industrie Kern schnell fallen, Kern bald darauf die SPÖ. Rendi-Wagner sollte es richten, weil kein Mann das machen wollte. Intrigieren konnten die Männer aber schon.

Dass Doskozil dem rechten Lager zugerechnet wird, ist kein Geheimnis. Gehen wir nach den Chaostagen einmal davon aus, dass Babler neuer SPÖ-Vorsitzender bleibt. Auf Wirtschaft und Industrie als Bündnispartner zu setzen, ist sinnlos und ein Desaster für die arbeitenden Menschen. Vertrauen ist nur zu gewinnen, wenn den Worten endlich Taten folgen. Keine Zurücknahmen. D.h. etwa JA zur geäußerten EU- und NATO-Kritik und daher umso mehr ein deutliches JA zur Neutralität. Diese Themen dürfen nicht den Rechten, nicht FPÖ, ÖVP, Neos oder Grünen überlassen werden. Geschieht dies, bedeutet das für die breite Bevölkerung noch mehr Sozialabbau, Demokratieabbau, zahlen für Aufrüstung bzw. Kriegseinbindung in EU und/oder NATO.

SPÖ – raus aus der Geiselhaft von Industrie, ÖVP und FPÖ. Ob in der Opposition, ob in der Regierung – die arbeitenden Menschen in Partei, Gewerkschaft oder Betrieb müssen das Sagen haben!

Leicht gekürzt auch als Gastkommentar erschienen in der „Wiener Zeitung“ vom 6. Juni 2023:

Gehören sie zu den Reichen oder Superreichen?

Wenn ja, dann können sie es sich leisten, heute Aktien der Rüstungsindustrie zu kaufen, sie werden so noch reicher. Jede abgeschossene Rakete bzw. vom Gegner zerstörte Rakete, Panzer etc, muss ja wieder produziert und nachgeliefert werden. So ist auch der Ukraine-Krieg ein todsicheres Milliarden-Geschäft, das für eine Handvoll Superreichen lange weiter gehen kann, es sterben daneben 100.000de Menschen. Zum Beispiel besaßen Ende 2020 Superreiche, 1,2 Prozent der Weltbevölkerung, rund 47,8 Prozent des weltweiten Vermögens. Rund 53 Prozent der Weltbevölkerung besaßen hingegen lediglich 1,1 Prozent des weltweiten Vermögens. Die 26 reichsten Menschen der Welt besaßen im Jahr 2018 genauso viel Vermögen wie die ärmsten 3,8 Milliarden Menschen auf der Erde.

Spendenkonto

bei der BAWAG P.S.K.

IBAN: AT19 6000 0101 1022 7650

BIC: BAWAATWW; **Empfänger*in:** Gewerkschafter gegen Atomenergie, **Verwendungszweck:** Spende

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion: Gewerkschafter gegen Atomenergie, Stiftgasse 8, 1070 Wien. ZVR 100322133

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Medieninhaber (Verleger) der periodischen Druckschrift "Gewerkschafter gegen Atomenergie" ist zu 100 % der gleichnamige Verein, Stiftgasse 8, 1070 Wien. Vorstand: W. Leisch, H. Schriffel, H. Tschida



Österreichische Post AG
SP 20Z042140 S

Gewerkschafter gegen Atomenergie
Stiftgasse 8, 1070 Wien

Datenschutzerklärung siehe:

www.atomgegner.at/datenschutzerklaerung-impresum